

Politische Partizipation und Geschlecht

Bettina Westle

„Gender gap in der politischen Partizipation“ ist ein Thema, das sich zunehmend zum Politikum in der Politikwissenschaft - zwischen sog. main- oder male-stream und feministischer Forschung - entwickelt.¹ Ausgangspunkt der Kontroverse ist die Beobachtung einer jahrzehntelangen Differenz zwischen den Geschlechtern: Frauen zeigen geringeres politisches Engagement als Männer. Während bei der Suche nach Ursachen für diesen Unterschied zwar ein Rekurs auf das biologische Geschlecht („sex“) bereits seit Jahrzehnten der Lächerlichkeit preisgegeben wäre, sind die in der Wissenschaft angeführten Interpretationen zum „gender gap“ dennoch höchst diskutabel.²

1. Argumentationsmuster des Male-Stream und des Feminismus

Der *main-stream* führte zu den Ursachen geschlechtsspezifischer Ungleichheiten politischer Partizipation primär folgende Interpretationen an:

- a) *Geschlechtsspezifisch unterschiedliche Sozialisation*: Nach diesem Argumentationsmuster erfahren Mädchen eine politikfernere Sozialisation als Jungen, die sie primär auf den privaten Lebensraum, Jungen dagegen auf eine Rolle in Beruf und Öffentlichkeit hin orientiere. Daraus resultierende Geschlechtsrollenvorstellungen würden Frauen in der Entwicklung und Ausübung politischen Engagements behindern (z.B. Barnes, Kaase et al. 1979, Jennings 1983, van Deth 1989, Institut für Demoskopie Allensbach 1993). Der Rekurs auf dieses Ursachenbündel verknüpfte sich häu-

1 In einer prekären Lage bei dieser Kontroverse befinden sich Politikwissenschaftlerinnen, die von Ansatz und Methode her dem main-stream zuzuordnen sind, da sie für dieses Lager nicht das „richtige“ Geschlecht aufweisen, für das feministische Lager aber vorgeblich nicht das „politisch korrekte Bewußtsein“ zeigen.

2 „Sex“ steht für Effekte des Geschlechts, die sich nicht mittels soziologischer Merkmale auflösen lassen, „Gender“ steht dagegen für die sozial mit dem Geschlecht verknüpften Merkmale. Anders als von feministischer Seite gelegentlich insinuiert, der male-stream rekurriert nach wie vor auf biologische Merkmale (z.B. Liebert 1998: 184 unter Rekurs auf die Political Action Studien), wird in neueren Arbeiten des male-streams Geschlecht als biologische Determinante der Partizipation jedoch strikt abgelehnt; vielmehr verweisen gerade die explizit kritisierten Arbeiten auf sozialisationsbedingte und situative Faktoren als Merkmale der sozial definierten Verfügbarkeit für politische Mobilisation (Marsh und Kaase 1979: 106), auf stereotype Rollenorientierungen, institutionellen Sexismus und situative Hindernisse (van Deth 1989: 302).

fig mit der *Hypothese traditioneller weiblicher politischer Apathie*. In dynamischer Perspektive folgt daraus jedoch, daß eine *Auflösung traditioneller Sozialisationsmuster und Lockerung alter Rollenvorstellungen zu gegenseitiger Annäherung der Geschlechter im Partizipationsniveau* beitragen sollte.

- b) *Geschlechtsspezifisch unterschiedliche Lebenslagen*: Danach befinden sich Frauen und Männer in verschiedenen objektiven Lebenssituationen, d.h. Frauen haben im Durchschnitt geringere Schulabschlüsse, sind seltener erwerbstätig, dafür häufiger für die gesellschaftlich wenig anerkannte Arbeit in Haushalt und Familie zuständig bzw. sofern sie erwerbstätig sind, dann meist in schlechter dotierten Positionen. Diese sozioökonomischen Unterschiede - formuliert als sog. *SES-Standardmodell* der politischen Partizipation (Verba et al. 1978) - resultieren in unterschiedlichen Interessen, Fähigkeiten und Ressourcen der Geschlechter. So folge aus der Konzentration auf den Reproduktionsbereich geringeres Interesse an öffentlichen Angelegenheiten, geringere Kenntnisse über Politik und/oder ein Interessenschwerpunkt bei sog. weichen Politikbereichen (wie Familien- und Bildungspolitik). Zudem sei der Reproduktionsbereich durch ein für politische Aktivität kleineres und weniger berechenbares Zeitbudget gekennzeichnet.³ Dieses Faktorenbündel wurde zum einen mit der *Hypothese weiblichen Konservativismus* verknüpft. Sie besagt, aus dem schwachen oder auf Themen des Reproduktionsbereiches konzentrierten Interesse an Politik folge eine - vergleichsweise zu den Männern - spätere Rezeption und Reaktion auf neue gesellschaftliche Phänomene, eine Präferenz für Parteien, die sich als Anwalt der Familie darstellen, sowie die geringere Partizipation der Frauen sowohl im konventionellen Bereich als auch zu Beginn ihres Aufkommens bei unkonventionellen Einflußformen.⁴ Zweitens wird von dem Faktorenbündel der Lebenslagen die

3 Ferner verbinden sich mit den gesellschaftlichen Positionen unterschiedliche Netzwerke und damit Wahrscheinlichkeiten der politischen Mobilisation, dazu s. Westle 2000.

4 Die These des Konservativismus hat sich inzwischen insofern überlebt, als dieser primär auf Kompositionseffekten der für konservatives Wahlverhalten typischen Merkmale beruhte (größere Anteile älterer, nicht erwerbstätiger und religiös gebundener Wählerinnen als Wähler) und mit der primär einseitigen Angleichung dieser Merkmale seit den 70ern entsprechend des modernisierungstheoretischen Ansatzes eine Angleichung der Parteipräferenzen erfolgte. Die Unterschiede im politischen Interesse reduzierten sich aber nur wenig, und das Niveau des politischen Interesses wird durch das SES-Modell nur schlecht erklärt (van Deth 1989). Zudem konnte bei diesem Erklärungsmuster nur ein situativ bedingter Konservativismus gemeint sein, der in der Literatur jedoch häufig als genereller Konservativismus fehlrezipiert wurde. Dies widerspräche aber der Logik des modernisierungstheoretischen Ansatzes, der auf Situationsabhängigkeit der Partizipation

zielt und damit gerade keinen Rückschluss auf stabile Dispositionen erlaubt; (zu Wahlverhalten z.B. Falter und Schumann 1990, Roth 1990, Rattinger 1994, Köcher 1994, Molitor und Neu 1999).

modernisierungstheoretische Hypothese der Nivellierung abgeleitet. Sie prognostiziert eine Angleichung der weiblichen an männliche Partizipationsmuster in dem Maß, in dem Frauen gleichen Zugang wie Männer hinsichtlich Schulbildung, Arbeitsmarkt und Einkommen und damit ein gleiches Ausmaß an Integration in das öffentliche Leben sowie an Zugang zu Ressourcen erreichen. Häufig verknüpft sich diese Hypothese (wie die vorgenannten) mit dem *Ansatz eines weiblichen Defizits*, d.h. die Partizipation der Frauen wird an der der Männer gemessen und somit ein Defizit festgestellt. Diese Interpretation ist jedoch weder dem sozialisatorischen noch dem situativen Ansatz notwendig inhärent. Vielmehr läßt sich die tradierte Rollenverteilung auch als *Defizit freiheitlicher Lebensoptionen beider Geschlechter* betrachten. Von der - in dieser Lesart anzustrebenden - beidseitigen Annäherung in der Berufswelt *und* im Bereich der Reproduktion wäre damit auch eine gegenseitige Annäherung der Partizipationsmuster zu erwarten.

- c) *Geschlechtsspezifisch unterschiedliche strukturelle Zugangsbarrieren*: Diese Argumentation baut auf den vorgenannten Ursachen auf, thematisiert aber gesamtgesellschaftliche Strukturen stärker, zielt also auf die Meso- und Makroebene. Angeführt wird im institutionellen Bereich strukturell geronnene Frauenfeindlichkeit der etablierten politischen Organisationen, d.h. sie seien dem typisch männlichen Lebensverlaufsmuster angepaßt und damit für das typisch weibliche wenig geeignet (z.B. Jennings 1983, Niedermayer 1989, Kaase 1989). Auf der attitudinalen Ebene schlage sich dies in einem frauenfeindlichen Gesamtklima nieder, das erst konkrete Diskriminierungen der partizipationswilligen Frauen ermöglicht (z.B. Zuweisung hinterer Listenplätze bei Wahlen, Ghettoisierung in als minderwertig definierten Politikbereichen).
- d) Schließlich gewinnen unter neueren Arbeiten Ansätze des *Rational Choice* zunehmend an Bedeutung. Sie zielen in Anlehnung an Olsons Theorie des kollektiven Handelns auf die Erklärung politischer Partizipation mit Hilfe selektiver Anreize, die die Kollektivgutproblematik und das Freeriderproblem zu überwinden in der Lage sind. Geschlechtsspezifische Fragen werden dabei bislang jedoch nicht berücksichtigt (z.B. Opp und Sievers 1998).

Diese Interpretationsmuster des main-stream, insbesondere der quantitativen Forschung, werden nun seit geraumer Zeit von *feministischer Seite* mit harter Kritik konfrontiert. Die häufigsten Vorwürfe sind:

- a) *Generelle Geschlechtsblindheit*: So pflege die deutsche Politikwissenschaft „vornehme Zurückhaltung gegenüber Frauenthemen und geschlechtsbezogenen Fragestellungen“ (Meyer 1992:3), dominiere eine „geschlechtsunspezifische“ Politische-Kultur-Forschung (Hoecker 1996: 28) und die Forschung spekuliere „hilflos über ‚Rollenerwartungen‘ und ‚Verpflichtungen innerhalb der Familie‘“ (Geißel 1995: 19). Eine generelle Geschlechtsblindheit des main-stream ist im Licht der berichteten Befunde zwar überpointiert, aber die Thematik stand keineswegs im Mittelpunkt, sondern reüssierte erst langsam infolge einer durch die Frauenbewegung generell erhöhten Sensibilität für geschlechtsspezifische Disparitäten sowie in Reaktion auf die feministische Wissenschaft zur breiteren „Wissenschaftsfähigkeit“. Eine systematische Erfassung von bspw. Rollenorientierungen und -verteilungen in partizipationsbezogenen Studien erfolgt bislang jedoch in der Tat nicht.
- b) *Perpetuierung des Mythos von der apolitischen, konservativen, demokratieunfähigen Frau, der zur weiteren Ausgrenzung der Frauen aus dem politischen und parlamentarischen Raum beiträgt*: Dieser Vorwurf findet verschiedene, in ihrer Reichweite unterschiedliche Begründungen. Eine erste Begründung greift den Topos von der konservativen Frau als überholt an, rekurriert jedoch nicht auf die Nivellierungsthese, sondern auf eine gewachsene Bedeutung situationsspezifischer Interessen von Frauen.⁵ Ein zweiter Begründungskomplex konzentriert sich auf *Indikatoren* der Einstellungsforschung. Da sich die Wahlbeteiligung trotz der relativ stabilen Unterschiede des politischen Interesses angeglichen hat und Frauen bei der unkonventionellen Einflußnahme stärker aktiv sind, könne das politische Interesse nicht Ursache differierender Partizipationsniveaus darstellen. Frauen seien daher keineswegs „schlechtere“ Demokratinnen, sondern mit gutem Grund partei- und staatsverdrossener als Männer (z.B. Meyer 1992, Cornelissen 1993, Sauer 1994).⁶ Ein drittes Argument thematisiert, mit dem für die empirische Partizipationsforschung typischen Fokus auf dem „vermeintlich autonomen Subjekt“ und dem damit verbundenen Rekurs auf Sozialisation und Rollenvorstellungen werde einem Erklärungsmuster Vorschub geleistet, das die *Ursachen für das geringere Partizipationsniveau in die Frauen selbst hineinverlagere*, da die Erklärungen primär

5 Daraus einen neuen, umgekehrten gender-gap zu folgern (z.B. Norris 1986, DeVaus und McAllister 1989, Liebert 1998), birgt, wie bei der Konservativismus-These, ebenfalls die Gefahr einer Naturalisierung geschlechtsspezifischer Unterschiede der Partizipation. Ferner vernachlässigt diese Sicht das veränderliche Angebot der (Partei-)Politik.

6 Den angeführten Arbeiten liegen keine eigenen Datenanalysen zugrunde, daher kann auch dort nur von Spekulationen die Rede sein. Zudem besteht in der feministischen Forschung nach wie vor eine einseitige Präferenz für qualitative Methoden, obwohl schon früh und wiederholt engagierte Plädoyers für den verstärkten Einbezug quantitativer Studien formuliert wurden (vgl. Müller 1994).

um subjektive Motive kreisten. Damit sei die fehlende Bereitstellung partizipatorischer Ressourcen und Möglichkeiten für Frauen nicht mehr thematisierbar, *die patriarchalische Gesellschaftsstruktur werde verwischt* (z.B. Sauer 1994). Daraus, daß die Einstellungsforschung ihren Fokus per se auf der Mikroebene hat, folgt jedoch keineswegs notwendig, das Individuum als autonomes Subjekt mißzuverstehen. Vielmehr bettet gerade der Rekurs auf Sozialisation und durch sie vermittelte Rollenbilder die individuellen Einstellungen in gesellschaftlich dominante Normstrukturen ein. Damit aber wird die Thematisierung dieser Normstrukturen und ihre Korrespondenz mit gesellschaftlichen Makrostrukturen zur logischen Folge, wie dies auch in dem strukturellen Argumentationsmuster des main-stream zum Ausdruck kommt.⁷ Zutreffend ist jedoch, daß gesellschaftliche Strukturen nur in einigen Arbeiten des main-stream als patriarchalisch thematisiert werden. Aber auch innerhalb der Frauenforschung deuten sich hier Kontroversen u. a. darin an, daß die von den einen gescholtenen Geschlechtsrollenvorstellungen von anderen als besonders bedeutsam thematisiert werden, so bspw. als das SES-Modell durchbrechende Variablen (Christy 1987), als Barrieren politischer Karrieren (Meyer 1996) oder als zentraler Indikator geschlechtsspezifischer/-übergreifender Identitäten (Lundmark 1995, Liebert 1998). Diese Perspektive läßt sich auch in Ansätze einpassen, die die asymmetrisch polarisierte Zweigeschlechtlichkeit heutiger Gesellschaften als soziales Konstrukt verstehen, das es zu dekonstruieren gilt (z.B. Hagemann-White 1994, Schirmer 1998).

- c) *Norm des männlichen Aktivbürgers und Defizitansatz*: Die Partizipation von Frauen werde an dem Ideal des männlichen Aktivbürgers gemessen und von daher als defizitär abqualifiziert (z.B. Meyer 1992, Sauer 1994). Tatsächlich mißt der main-stream die Partizipation von Frauen zwar nicht am Ideal, aber im Vergleich mit der Realität der Partizipation der Männer, was insbesondere für den institutionellen Bereich in dem Defizit-Befund mündet. Frauen sind nach wie vor seltener Parteimitglieder sowie weniger in Parlamenten und Regierungen vertreten (z.B. Hoecker 1996, 1998). Es ist jedoch eine Frage der Interpretation, ob dieses Defizit den Frauen selbst als Schuld zugeschrieben wird oder aber mit den gesellschaftlichen, männlich geprägten Strukturen verknüpft wird. Von daher sieht auch der am Gleichheitsparadigma orientierte Zweig des Feminismus ein Defizit und strebt nach *gleichgewichtiger Repräsentation der Geschlechter*. Die angeführten systemischen Gründe für die Unterreprä-

7 Da die systematische Berücksichtigung der Makroebene longitudinale oder international vergleichende Studien erfordert, die äußerst ressourcenintensiv und daher selten sind, kann die Makroebene bei den häufigeren nationalen Querschnittsstudien zumeist nur spekulativ in die Interpretationen eingebracht werden. Auch innerhalb der Frauenforschung sind nationale Studien zur Mikroebene erheblich häufiger als international vergleichende zur Meso- und Makroebene (vgl. den Überblick bei Geißel 1995).

sentation der Frauen unterscheiden sich zwischen main-stream und feministischer Forschung jedenfalls kaum.⁸ Der am Differenzparadigma orientierte Zweig des Feminismus reklamiert dagegen ein *anderes, eigentlich gleichwertiges, aber in der patriarchalen Gesellschaft abgewertetes Politikverständnis der Frauen*, das bspw. aus der „mütterlichen Praxis“ resultiere und sich durch das Primat der Verbundenheit statt Getrenntheit, der Kooperation statt Konkurrenz auszeichne (Hagemann-White 1987) oder aus Diskriminierungserfahrungen speise und daher zu anderen Themenprioritäten wie bspw. dem Einsatz gegen alle Arten von Unterdrückung führe (Meyer 1992). In dieser Perspektive verbietet sich eine Integration der Frauen in die männlich geprägten politischen Institutionen wegen der Gefahr einer Anpassung an deren Strukturen und Handlungsweisen. Angestrebt wird folglich eine gesellschaftliche Anerkennung des anderen Politikverständnisses und eine entsprechende Transformation politischen Handelns in der Gesellschaft.⁹ Die uninstitutionalisierten Formen der Partizipation kämen aufgrund größerer Alltagsnähe, leichter Zugänglichkeit, günstigerer Zeitanforderungen, geringerer (Geschlechts-) Hierarchisierung und ihrer Nutzbarkeit als Arena gegen tradierte Rollenmuster sowie ihres tendenziellen Protestcharakters gegen etablierte Institutionen der Identifizierung und Durchsetzung dieses anderen Politikverständnisses eher entgegen (z.B. Holland-Cunz 1998).

8 Dazu gehören bspw.: späte Einführung des Frauenwahlrechts, fehlende finanzielle Ressourcen sowie Netzwerke, Mehrfachbelastung durch Beruf und Haushalt sowie Kindererziehung, Zuschnitt der Parteikarriere auf die männliche Lebenswelt, Ausmaß egalitärer Prägung der Kultur und mangelnde Gleichstellungspolitik (z.B. Lemke 1991, Cornelissen 1993, Hoecker 1998).

9 In dem - als Dilemma angesehenen - Konflikt wird das Gleichheitsparadigma mit der Gefahr einseitiger Anpassung an männlich geprägte Strukturen verbunden, während sich das Differenzparadigma der Gefahr eines Bumerangeffektes ausgesetzt sieht, da die Behauptung anderer Fähigkeiten von Frauen leicht der Biologisierung, verbunden mit der Fortschreibung gesellschaftlicher Unterordnung, unterliegen kann. Versteht man Unterschiede in politischen Fähigkeiten und Prioritäten jedoch als sozialisations- und situationsbedingt, sind sie in Abhängigkeit von den Prozessen auf diesen beiden Ebenen veränderlich. In dynamischer Perspektive ließe sich das Dilemma daher durchaus auflösen, insofern als von zunehmender Gleichheit der Sozialisation und Situation langfristig auch zunehmende Gleichheit der Fähigkeiten und Ressourcen erwartet werden kann, wobei die Differenzbehauptung als nur kurz- oder mittelfristig sinnvolle Strategie zur Vermeidung einseitiger Anpassungsprozesse an patriarchalische Strukturen angesehen werden kann (zur Debatte um Gleichheit versus Differenz vgl. Irigaray 1989, Sauer 1994, Maihofer 1998).

- d) *Eingeschränkter Politikbegriff*: In Anlehnung an die alte Forderung der Frauenbewegung „das Private ist politisch“¹⁰ wird an dem Politikbegriff des main-stream kritisiert, er verbleibe mit seiner Definition von politischer Partizipation als instrumentellem Handeln zum Zweck der Beeinflussung politischer Entscheidungen (trotz der Ausdehnung auf nicht-institutionalisierte Beteiligung) im Raum politischer Institutionen und Funktionsträger und blende damit alles aus, was sich nicht unmittelbar darauf bezieht. Erfahrungsbereiche von Frauen, expressives Handeln und Identitätsbildungsprozesse würden damit in den vopolitischen Raum abgeschoben, obwohl die Interessen von Frauen evtl. nicht derart zweckrational durchsetzbar seien (Sauer 1994). Dies enthülle einen Politikbegriff, der auf der veralteten, fiktiven Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit, von Gesellschaft und Staat beruht. Gefordert wird daher der Einbezug sozialen Engagements, „privater“ Handlungsformen (z.B. Formen der Kindererziehung, Strategien sexueller Verweigerung) und nicht-intentionaler Handlungen, die aber in ihren Auswirkungen politisch sein können (Meyer 1992, Cornelissen 1993, Sauer 1994, Geißel 1995). Hier deutet sich eine grundsätzliche Unverträglichkeit beider Ansätze an. Zwar wird eine Verknüpfung des Privaten und des Politischen im main-stream keineswegs geleugnet, zunehmend werden auch Formen sozialen Engagements berücksichtigt, jedoch werden diese als Korrelate politischer Partizipation behandelt. Eine Ausdehnung des Politikbegriffs um das herkömmlich als Privatbereich umschriebene Feld, insbesondere aber um nicht-intentionales Handeln birgt zudem die Gefahr eines weder aussagefähigen noch handhabbaren Catch-all-Begriffs.
- e) *Konzeptualisierung von Geschlecht als unabhängiger Variable statt als analytischer oder als struktureller Gesellschaftskategorie*: Diese Kritik mündet in z.T. konträren Forderungen. Während die auf gesellschaftliche Systemstrukturen statt auf individuelle Merkmale zielende Argumentation (z.B. Sauer 1994) ein Abrücken von Rollenvorstellungen fordert, mündet das auf die gesellschaftliche Konstruktion bipolarer, hierarchisierter Zweigeschlechtlichkeit zielende Argumentationsmuster (z.B. Hagemann-White 1994) umgekehrt in der Forderung nach der Integration von Rollenvorstellungen als Indikator des sozialen Geschlechts/der sozialen Identität statt des biologischen Geschlechts als unabhängiger Variable (z.B. Liebert 1998). Eine damit verbundene methodische Kritik besagt, daß „der Einfluß von ‚Geschlecht‘ unsichtbar bleiben muß, solange gender auf ein biologisches individuelles Merkmal reduziert, als ‚unabhängige Variable‘ konzeptualisiert und in multivariaten Analysen auf den Einfluß von ‚alternativen‘ Variablen ... hin ‚kontrolliert‘ wird -

10 Mit diesem Slogan wurde zunächst auf die politisch unzureichend berücksichtigte Interdependenz von Reproduktionsarbeit und gesamtgesellschaftlicher Produktion hingewiesen.

unter solchen Voraussetzungen läßt sich schwerlich ein ‚unabhängiger‘ Einfluß von ‚Geschlecht‘ nachweisen“ (Liebert 1998: 196, ähnlich Geißel 1995).¹¹ Diese Kritik trifft nur teilweise, denn multivariate Analysen sind immer dann erforderlich, wenn mehrere als unabhängig konzeptualisierte Merkmale miteinander zusammenhängen, um den singulären Effekt eines Merkmals herauszufiltern. Dabei kann durchaus ein Einfluß bestehen bleiben. Problematisch wird dieses Vorgehen erst, wenn der Effekt eines einzelnen Merkmals mit dem gemeinsamen Effekt mehrerer anderer Merkmale verglichen wird, denn dadurch reduziert sich die verbleibende Einflußchance. Das eingeforderte geschlechtssensible Vorgehen erscheint aber durch eine nach Geschlechtern getrennte Analyse - optimalerweise plus Rollenorientierungen - möglich. Ein solches Vorgehen träfe sich zudem mit der erst in jüngerer Zeit im Feminismus an Boden gewinnenden Erkenntnis, daß auch Frauen keine homogene Gruppe bilden, sondern geschlechtsspezifische Gemeinsamkeiten durch eine Vielfalt ökonomischer, sozialer und kultureller Unterschiede durchbrochen werden (z.B. Meyer 1994, Gerhard 1995, Maihofer 1998).

2. Ziele der Untersuchung, Datengrundlage und Vorgehen

Im folgenden können aus Gründen des Umfangs und der Datenlage nur einige der kontroversen Aspekte auch bei der empirischen Analyse angegangen werden. Da Arbeiten zur Partizipation unter Berücksichtigung von Geschlecht auf der Grundlage neuer Umfragedaten bislang kaum vorliegen, steht zunächst die deskriptive Frage nach dem Ausmaß geschlechtsspezifischer Unterschiede bei ausgewählten Formen der politischen Partizipation in Ost- und Westdeutschland im Mittelpunkt. Datengrundlage bildet die ALLBUS-Repräsentativerhebung 1998. Dabei wird ein instrumenteller und enger Begriff politischer Partizipation zugrundegelegt, aber überprüft, inwieweit dies der Wahrnehmung der Bevölkerung angemessen ist. In weiteren Schritten werden ausgewählte Erklärungsfaktoren untersucht.¹² Bei den Analysen der Gesamt-

11 Allerdings widerspricht sich Liebert hier, da sie nicht nur fordert, statt Geschlecht Geschlechtsrollenorientierungen als unabhängige Variable zu verwenden, sondern gleichzeitig fordert, Geschlecht anhand sozialstruktureller Faktoren zu zerlegen, um die Thesen der Nivellierung oder Umkehrung eines gender-bias zu überprüfen. Vereinbar würden beide Forderungen erst dann, wenn Rollenorientierungen als intervenierende Variable zwischen biologischem Geschlecht und einer zu untersuchenden abhängigen Variable konzeptualisiert werden.

12 Geschlechtsrollenorientierungen können wegen fehlender Indikatoren nicht berücksichtigt werden; vgl. dazu aber Braun et al. 1994 und Braun und Borg 1997. Wegen der Konzentration auf einen Befragungszeitpunkt muß auch auf die Frage der Entwicklungstendenzen verzichtet werden und die Makroebene kann nur spekulativ eingebracht werden.

population wird das Merkmal Geschlecht als unabhängige Variable benutzt und lediglich sein zusätzlicher Effekt beachtet. Dieses Vorgehen hat durchaus seine Vorteile, denn so wird sichtbar, welches der bei Kontrolle anderer Variablen verbleibende und damit nicht erklärte Einfluß des Geschlechts („sex“) ist. Ein Nachteil dieses Vorgehens ist, daß mögliche geschlechtsspezifisch unterschiedlich intensive oder konträre Wirkungen der anderen Variablen in der Gesamtbetrachtung verdeckt werden. Daher werden zusätzlich geschlechtsspezifische Analysen durchgeführt.¹³ In Zusammenhang mit Informationen über die geschlechtsspezifische Verteilung der partizipationsrelevanten sozialstrukturellen und attitudinalen Merkmale sollte dieses Vorgehen auch Aussagen über „gender“ ermöglichen.

3. Politische Partizipation: Kleine, feine Unterschiede nach Geschlecht?

Die Befragten wurden gebeten für eine Reihe von politischen Aktivitäten anzugeben, welche davon für sie in Frage kämen, wenn sie politisch Einfluß nehmen wollten, und an welchen davon sie schon beteiligt waren. In Anlehnung an gängige Unterscheidungen (z.B. Barnes, Kaase et al. 1979, Uehlinger 1988) werden folgende Dimensionen unterschieden: im konventionellen Bereich die parteibezogene Partizipation (Mitarbeit in Partei, Unterstützung von Kandidaten) und innerhalb des unkonventionellen Bereichs die nicht institutionalisierte legale Partizipation (Unterschriftensammlung, genehmigte Demonstration, Bürgerinitiative). Zusätzlich wird die Dimension der diskursiven Partizipation (Diskussion mit Bekannten, öffentliche Diskussion) aufgenommen, die sowohl im Zusammenhang mit konventioneller als auch mit unkonventioneller Partizipation sowie unabhängig von beiden auftritt.¹⁴

Nicht behandelt wird hier ferner die Einbindung in soziale Netzwerke, dazu vgl. Westle 2000.

- 13 Wenn hier und im folgenden auf der Grundlage multipler Regressionen von „Erklärung“ die Rede ist, so meint dies die statistischen Effekte; von kausalen Erklärungen im strengen Sinn kann dabei nicht gesprochen werden. Die Frage, ob Variablen geschlechtsspezifisch unterschiedliche Effekte haben, könnte alternativ in den Analysen der Gesamtpopulation auch durch die Berücksichtigung von Interaktionseffekten überprüft werden. Jedoch wird hier aufgrund größerer Plastizität der Darstellung und leichterer Interpretierbarkeit der Befunde der Vergleich geschlechtsspezifischer Analysen vorgezogen. Die Analysen umfassen Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit ab 18 Jahren Lebensalter; Befragtenzahlen: West Männer 959, West Frauen 1111, Ost Männer 445, Ost Frauen 567. Die Analysen für Gesamtdeutschland wurden mit dem personenbezogenen Ost-West-Gewicht berechnet, die nach Gebiet und Geschlecht getrennten Analysen ohne Gewichtung.
- 14 Zu Fragetexten und Verteilungen aller Indikatoren s. Anhang des Bandes. Der Status von Diskussionen über Politik ist strittig, da diese als Äquivalent für Interesse an Politik oder aber als Partizipationsform betrachtet werden (vgl. van Deth 2000, Westle und Schön

Tabelle 1: Dimensionen politischer Partizipation – Verteilungen und Zusammenhänge mit Geschlecht

	West				Ost				M.-Diff. Ost-West
	M	Std. abw.	M.-Diff. Frau-Mann	Pearsons r mit Geschlecht	M	Std. abw.	M.-Diff. Frau-Mann	Pearsons r mit Geschlecht	
Berichtetes Handeln									
<i>Diskursive P.</i>			-.13*	-.19*			-.10*	-.14*	
Mann	0.53	.35			0.48	.38			-0.05*
Frau	0.40	.32			0.38	.36			-0.02
<i>Partiebezogene P.</i>			-.04*	-.14*			-.01	-.03	
Mann	0.06	.21			0.03	.14			-0.03*
Frau	0.02	.11			0.02	.12			0.00
<i>Leg. uninstitut. P.</i>			-.04*	-.07*			-.02	-.04	
Mann	0.23	.28			0.19	.26			-0.04*
Frau	0.19	.28			0.17	.26			-0.02
Bereitschaft									
<i>Diskursive P.</i>			-.12*	-.17*			-.10*	-.12*	
Mann	0.64	.35			0.57	.38			-0.07*
Frau	0.52	.35			0.47	.37			-0.05*
<i>Partiebezogene P.</i>			-.07*	-.12*			-.03*	-.08*	
Mann	0.15	.31			0.08	.24			-0.07*
Frau	0.08	.23			0.05	.18			-0.03*
<i>Leg. uninstitut. P.</i>			-.05*	-.07*			-.04	-.06	
Mann	0.41	.37			0.37	.36			-0.05
Frau	0.36	.37			0.33	.35			-0.03

Summenindizes geteilt durch Anzahl der Items. * signifikant auf dem Niveau von 0.05.

2001). Öffentliche Diskussionen können infolge ihres instrumentellen Charakters konzeptuell eindeutig dem Bereich der Partizipation zugeordnet werden, die zusätzliche Berücksichtigung von Diskussionen im Bekanntenkreis soll dem Petitem, private Handlungsformen mit evtl. indirekten Folgen für die Politik aufzunehmen, entgegenkommen. Die Korrelationen zwischen den Dimensionen bestätigen den Zusammenhang der diskursiven mit der uninstitutionalisierten (Pearsons r bei Handeln .43, bei Bereitschaft .55) und der parteibezogenen Partizipation (.23 bei Handeln, .32 bei Bereitschaft), wobei uninstitutionalisierte und parteibezogene Partizipation ebenfalls miteinander einhergehen (.25 bei Handeln, .38 bei Bereitschaft), was frühere Interpretationen der Ausweitung des Partizipationsrepertoires der Bürger stützt. Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Erhebungsgebieten sind dabei nur gering und weisen keine Systematik auf.

Hinsichtlich der *Hierarchie der Dimensionen* (Tab.1) ist die diskursive Partizipation für beide Geschlechter in Ost und West die bei weitem am meisten verbreitete Aktivität. Erst mit Abstand folgt die etwas aufwendigere nicht institutionalisierte Partizipation, die aber deutlich populärer als die parteibezogene Aktivität ist. In Ostdeutschland sind auf allen Dimensionen nicht nur bei früherem Handeln (als evtl. Effekt der geringeren Chance dazu in der Zeit vor der Wende), sondern auch bei der künftigen Handlungsbereitschaft etwas niedrigere Werte als im Westen zu beobachten, wobei die Unterschiede bei den Männern etwas stärker als bei den Frauen ausfallen. In beiden Landesteilen berichten Frauen auch 1998 etwas seltener als Männer von erfolgtem Handeln und artikulieren eine etwas geringere Bereitschaft zur Partizipation. Gravierend ist der Vorsprung der Männer nur bei der diskursiven Beteiligung, denn Frauen diskutieren auf öffentlichen Veranstaltungen, aber auch im Privatkreis weniger über Politik und zeigen auch eine geringere Bereitschaft dazu. Bei der Bereitschaft zu parteibezogener und nicht institutionalisierter Partizipation sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern etwas stärker als beim Handeln, lassen aber nur im Westen auf eine größere Distanz der Frauen gegenüber der etablierten Politik und ihre relativ größere Nähe zur unkonventionellen Partizipation schließen. Generell ist die *Handlungsbereitschaft größer als das berichtete Handeln*, besonders bei der uninstitutionalisierten und diskursiven Partizipation. Frauen würden also selbst bei Nutzung der Handlungsbereitschaft eine etwas geringere Partizipation als Männer bei Ausschöpfung ihrer Handlungsbereitschaft aufweisen.¹⁵

Dies dürfte primär daran liegen, daß sich das frühere Handeln als wesentliche Determinante der Handlungsbereitschaft darstellt.¹⁶ Dabei sind Erfahrungen des Erfolgs oder der Enttäuschung weniger relevant als die *grundsätzliche Mobilisierung durch früheres Handeln*, denn überwiegend trägt vergangenes Handeln auch zu weiterer Handlungsbereitschaft bei, und früherer Passivität folgt häufiger geringe als große künftige Handlungsbereitschaft (Tab.2a,b). Unmittelbare *Enttäuschungseffekte* (keine Handlungsbereitschaft trotz früherer Aktivität) sind am auffälligsten bei der parteibezogenen Partizipation im Westen, allerdings gleichermaßen bei Männern mit 23% und Frauen mit 20% (im Osten sind die Häufigkeiten erfolgter parteibezogener Aktivität zu gering, um Interpretationen zu erlauben). *Ungenutzte Handlungspotentiale* (künftige Bereitschaft bei früherer Passivität) können dagegen nicht auf persönlichen Erfahrungen beruhen, sondern deuten auf ein positives

15 Einige der Items wurden auch 1988 in der alten BRD erhoben. Ein Vergleich mit den Werten von 1998 zeigt bei beiden Geschlechtern einen Rückgang bei diskursiver und parteibezogener Partizipation, so daß weder von einer Angleichung noch einem Auseinanderdriften zu sprechen ist.

16 Generell ist dabei an eine wechselseitige kausale Beziehung zu denken, denn für gewöhnlich beeinflußt die Bereitschaft das Verhalten; da hier jedoch früheres Verhalten und künftige Bereitschaft erfragt wurde, kann in der Momentaufnahme das frühere Handeln als Determinante der weiteren Bereitschaft behandelt werden.

Tabelle 2b: Handlungsbereitschaft nach berichtetem Handeln

Regressionen	gesamt						West						Ost					
	a)		b)		c)		Mann			Frau			Mann			Frau		
	b	beta	adj R ²	adj R ²	adj R ²	adj R ²	b	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²
Diskursive P.	.71	.68*	.47	.47	.47	.47	.67	.67*	.44	.72	.67*	.45	.71	.71*	.50	.71	.69*	.47
Partiebezogene P.	.71	.43*	.19	.19	.20	.20	.64	.44*	.20	.76	.35*	.12	1.05	.61*	.37	.67	.45*	.20
Leg. uninstitut. P.	.84	.63*	.40	.40	.40	.40	.84	.65*	.42	.84	.63*	.40	.79	.57*	.32	.82	.61*	.37

Spalte 1/gesamt bildet die Regressionskoeffizienten und R² der bivariaten Zusammenhänge zwischen berichtetem Handeln und Handlungsbereitschaft für die Gesamtpopulation ab; in Spalte a) ist zusätzlich das Gebiet, in Spalte b) zusätzlich das Geschlecht und in Spalte c) sind zusätzlich das Gebiet und das Geschlecht in die Regressionen eingegangen; die Spalten West: Mann/Frau und Ost: Mann/Frau weisen die geschlechtsspezifischen Analysen getrennt für die Erhebungsgebiete aus.

* signifikant auf dem Niveau von 0.05.

Image der betreffenden Partizipation bei bislang nicht erfolgter Mobilisierung. Solche Potentiale bestehen vor allem bei der uninstitutionalisierten und der diskursiven Partizipation mit ca. 30-40%, während sie bei den parteibezogenen Aktivitäten mit 16% (Männer) bzw. 10% (Frauen) im Westen nur schwach und im Osten mit knapp 7% (Männer) und 5% (Frauen) äußerst gering sind. Wiederum durchgängig sind ungenutzte Handlungspotentiale bei den Ostdeutschen etwas geringer als bei den Westdeutschen und bei den Frauen etwas geringer als bei den Männern. Die mit der Wende der Bevölkerung der neuen Bundesländer eröffneten Optionen haben also bislang zwar nicht zu massiven persönlichen Enttäuschungen geführt, aber auch keine breite Attraktivität entfaltet.

Aus Gründen des Umfangs beschränken sich die Analysen im folgenden vor dem Hintergrund der engen Zusammenhänge zwischen berichtetem Handeln und Handlungsbereitschaft auf die Bereitschaft.¹⁷

4. Weiter oder enger, instrumenteller oder expressiver Begriff politischer Partizipation?

Sofern Frauen einen breiteren Politikbegriff als Männer präferieren, sollte sich dies auch in *Normvorstellungen* zur politischen Teilhabe artikulieren (Tab.3a). Ein breites Verständnis von Politik und Partizipation (Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen, Volksabstimmungen) findet große Zustimmung in der Bevölkerung, in Ost noch ausgeprägter als in West, aber nahezu jeweils gleichermaßen bei beiden Geschlechtern. Wählen als Bürgerpflicht ist im Westen etwas stärker verbreitet als im Osten, wo im Gegensatz zum Westen Frauen diese Norm etwas stärker betonen. Die Stimmabgabe wird jedoch nicht als Entledigung von politischer Teilhabe verstanden, denn die Auffassung, Politik sollte man den Volksvertretern überlassen, wird deutlich weniger befürwortet (von Frauen etwas stärker als von Männern), der Bürgerprotest bei Unzufriedenheit dagegen stärker. Die Ansicht, sich nur bei guter Erfolgschance politisch zu engagieren, erfährt von Männern und Frauen eher mäßige Zustimmung. Möglicherweise wird also auch expressives Handeln von vielen als berechtigt angesehen und/oder davon ausgegangen, Wirkungschancen seien nicht immer klar einzuschätzen.

Erwartungsgemäß mindert die Auffassung, Politik sei alleinige Sache der Parlamentarier, das Engagement in allen Formen (Tab.3b). Die Norm zum Engagement nur bei guter Erfolgsaussicht widerspricht tendenziell der Partizipation im uninstitutionalisierten Bereich und in Parteien. Der Bürgerprotest als Norm und die Auffassung, Demokratie sollte in allen gesellschaftlichen

¹⁷ Für das Handeln wurden dieselben Analysen zu Determinanten durchgeführt, wobei sich ähnliche Zusammenhänge zeigen; im Fall gravierender Abweichungen wird dies berichtet.

Bereichen verwirklicht werden, finden ihren Niederschlag primär bei uninstitutionalisierter und diskursiver Partizipation. Die Bereitschaft zu parteibezogener Aktivität wird ferner positiv von der Wahlnorm, negativ von dem Wunsch nach Volksabstimmungen tangiert. In der Analyse der Gesamtpopulation steigt die Erklärungskraft durch die zusätzliche Berücksichtigung von Geschlecht nur minimal bei der diskursiven Partizipation und der Parteiarbeit. Die geschlechtsspezifischen Analysen zeigen zwar weitere Unterschiede, so wirkt sich bspw. die Auffassung, Politik den Volksvertretern zu überlassen, im Westen bei den Frauen etwas stärker als bei den Männern partizipationsmindernd aus.¹⁸ Insgesamt ist die Erklärungskraft dieser Normen jedoch so gering, daß sie keine zentrale Ursache für geschlechtsspezifische Unterschiede in der Partizipation darstellen können.¹⁹

Tabelle 3a: Partizipationsnormen - Verteilungen

M=Mittelwerte: 1=Ablehnung 4=Zustimmung	<i>West</i>			<i>Ost</i>						
	Mann		Frau	Pear- sons r mit Ge- schlecht	Mann		Frau			
	M	Std. abw.	M		Std. abw.	M	Std. abw.	Pear- sons r mit Ge- schlecht		
Politik Volksvertretern überlassen	2.34	.96	2.39	.94	.03	2.14	.92	2.24	.88	.05
Engagement nur bei Wirkung	2.89	.90	2.87	.88	-.01	2.87	.90	2.90	.86	.02
Wählen als Bürgerpflicht	3.38	.82	3.35	.87	-.02	2.86	1.06	3.05	.95	.10*
Demonstrieren bei Unzufriedenheit	3.03	.83	2.91	.87	-.07*	3.05	.79	3.05	.76	.00
Volksabstimmung notw. für Demokratie	3.40	.76	3.39	.75	-.01	3.47	.66	3.53	.63	.05
Demokratie überall in Gesellschaft	3.31	.77	3.29	.74	-.02	3.45	.67	3.44	.64	-.01

* signifikant auf dem Niveau von 0.05.

18 Überwiegend sind diese Zusammenhänge beim Partizipationshandeln noch schwächer, vermutlich da zwischen Normen und ihrer Realisation vielfältige Gelegenheitsstrukturen intervenieren.

19 Daß bei der nicht institutionalisierten Partizipation die beste Varianzaufklärung vorliegt, dürfte darauf beruhen, daß mit der Norm zur Demonstrationsteilnahme eine Variable erfaßt wurde, die sich unmittelbar auf die uninstitutionalisierte Partizipation bezieht, während keine Normen erfaßt wurden, die sich gleichermaßen direkt auf die parteibezogene und die diskursive Partizipation beziehen (vgl. zum Prinzip der Kompatibilität Ajzen 1996).

Tabelle 3b: Zusammenhänge zwischen Partizipationsnormen und politischer Partizipationsbereitschaft

Regressionen	gesamt						West						Ost						
	a)		b)		c)		Mann		Frau		Mann		Frau		Mann		Frau		
	b	beta	adj R ²	adj R ²	adj R ²	adj R ²	b	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²	
a) + Gebiet																			
b) + Geschlecht																			
c) + Gebiet + Geschlecht																			
<i>Diskursive P.</i>																			
Pol. Volksw. überl.	-05	-.13*	.04	.05	.06	.07	-05	-.13*	.03	-06	-.15*	.07	-05	-.12*	.03	-04	-.10*	.03	
Engag. nur bei Wirk.	-00	-.01					.01	.03		-04	-.09*		.03	.09		.03	.07		
Wahl Bürgerpflicht	.00	.01					.03	.07*		-03	-.07		.00	.01		-04	-.10		
Demo. bei Unzufr.	.05	.12*					.05	.12*		.05	.13*		.04	.08		.06	.12*		
Volksw. Abstimmung	-01	-.01					-02	-.04		.01	.01		.01	.02		.02	.03		
Demok. in Gesell.	.02	.05*					.01	.02		.04	.09		.04	.07		.02	.04		
<i>Parteibezogene P.</i>																			
Pol. Volksw. überl.	-03	-.11*	.03	.03	.04	.04	-03	-.09*	.02	-04	-.14*	.05	-02	-.06	.04	-02	-.10*	.01	
Engag. nur bei Wirk.	-02	-.06*					-02	-.06		-02	-.09*		-01	-.02		-01	-.03		
Wahl Bürgerpflicht	.02	.05*					.03	.08*		-02	-.05		.04	.17*		-01	-.02		
Demo. bei Unzufr.	.03	.08*					.03	.08*		.02	.07		.03	.08		.02	.09		
Volksw. Abstimmung	-02	-.05*					-02	-.04		-02	-.05		-02	-.05		-01	-.03		
Demok. in Gesell.	.01	.02					-01	-.03		.03	.10*		.03	.09		.00	.01		
<i>Leg. universit. P.</i>																			
Pol. Volksw. überl.	-07	-.17*	.10	.10	.10	.10	-05	-.14*	.07	-08	-.21*	.13	-08	-.19*	.10	-05	-.13*	.11	
Engag. nur bei Wirk.	-02	-.06*					-02	-.05		-04	-.09*		-01	-.02		.02	.06		
Wahl Bürgerpflicht	.01	.03					.02	.03		.01	.01		.02	.07		-03	-.08		
Demo. bei Unzufr.	.09	.20*					.09	.20*		.08	.19*		.08	.16*		.11	.24*		
Volksw. Abstimmung	.00	.01					-01	-.02		.02	.04		.00	.00		.02	.04		
Demok. in Gesell.	.04	.08*					.03	.07		.04	.08*		.06	.11*		.07	.13*		

Lesehilfe s. Tab.2b. * signifikant auf dem Niveau von 0,05.

Weiteren Aufschluß darüber, ob Instrumentalität eine Rolle für die Partizipation einnimmt, geben Urteile dazu, wie die Befragten *persönlich ggf. am besten Einfluß auf die Politik nehmen könnten* (Tab.4a). Auffällig ist hierbei, daß Frauen der Effektivität aller Partizipationsformen skeptischer gegenüberstehen als Männer (mit Ausnahme der parteibezogenen Partizipation, die im Osten von beiden Geschlechtern gleich schlechte Noten erhält). Im Westen betrifft die überproportionale Skepsis der Frauen im Vergleich zu den Männern besonders die Effektivität der diskursiven und der parteibezogenen, weniger jedoch die der uninstitutionalisierten Partizipation.

Da diese Effektivitätseinschätzungen bei beiden Geschlechtern klare Effekte auf die Bereitschaft zum Engagement zeigen (Tab.4b) und der Einfluß dieser instrumentellen Komponente deutlich stärker ist als der von der Ablehnung der Norm, sich nur bei Erfolgsaussichten zu engagieren, können diese Verteilungsunterschiede durchaus geringere Partizipationswerte der Frauen bei der diskursiven und der parteibezogenen Partizipation plausibilisieren.²⁰

Zur Hauptfrage dieses Abschnitts ist somit festzuhalten: Frauen, aber auch Männer in Deutschland tendieren - wie von feministischer Seite präferiert - zu einem breiten Demokratie- und Partizipationsbegriff. Jedoch ist Partizipation - wie im main-stream konzeptualisiert - bei beiden Geschlechtern instrumentell geprägt, hat eine zielgerichtete Orientierung und berücksichtigt Erfolgchancen.

Tabelle 4a: Bewertung der Effektivität von Partizipationsformen – Verteilungen

M=Mittelwerte: 1=nicht effektiv 7=sehr effektiv	West					Ost				
	Mann		Frau		Pear- sons r mit Ge- schlecht	Mann		Frau	Pear- sons r mit Ge- schlecht	
	M	Std. abw.	M	Std. abw.		M	Std. abw.	M		Std. abw.
Öffentl. Diskussion	3.7	1.69	3.7	1.75	-.09*	3.7	1.72	3.7	1.71	-.08*
Mitarbeit in Partei	3.7	1.98	3.7	1.96	-.05*	2.7	1.86	2.7	1.85	.00
Leg. uninstitut. P. ¹	3.7	1.48	3.7	1.54	-.02	3.7	1.40	3.7	1.46	-.02

¹ Index aus der Effektivitätseinschätzung von Unterschriftensammlung, genehmigter Demonstration und Bürgerinitiative.

* signifikant auf dem Niveau von 0.05.

20 Die gleichzeitige Berücksichtigung aller Effektivitätsurteile auf die drei Dimensionen politischer Partizipation verbessert die statistische Erklärungskraft nur geringfügig (um $R^2=.02$), d.h. dominant ist jeweils der Zusammenhang zwischen Effektivitätseinschätzung und Partizipation der unmittelbar korrespondierenden Formen. Für das Handeln als abhängige Variable ergibt sich eine ähnliche Struktur der Zusammenhänge, jedoch wiederum bei geringerer Gesamterklärungskraft. Werden die Norm zum Engagement nur bei Erfolgsaussicht und die persönliche Effektivitätseinschätzung gleichzeitig berücksichtigt, verliert erstere jeglichen Effekt.

Tabelle 4b: Zusammenhänge zwischen der Bewertung der Effektivität von Partizipationsformen und der korrespondierenden Dimension politischer Partizipationsbereitschaft

Regressionen	<i>gesamt</i>						<i>West</i>			<i>Ost</i>		
	b	beta	adj R ²	a)	b)	c)	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau
a) + Gebiet				adj R ²	adj R ²	adj R ²	b	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²
b) + Geschlecht												
c) + Gebiet + Geschlecht												
<i>Diskursive P.</i>	.06	.30*	.09	.10	.11	.11	.05	.26*	.07	.34*	.07	.34*
Eff. Öff. Diskussion												
<i>Parteilbezogene P.</i>	.04	.27*	.07	.07	.08	.08	.04	.26*	.03	.24*	.05	.39*
Eff. Parteimitarbeit												
<i>Leg. uninst. P.</i>	.11	.46*	.22	.22	.22	.22	.11	.44*	.12	.51*	.11	.44*
Eff. leg. uninst. P.												

Lesehilfe s. Tab.2b. * signifikant auf dem Niveau von 0,05.

5. Interessenschwerpunkte und politische Partizipation

Gehört zu einem instrumentellen Partizipationsverständnis aber nicht auch Rationalität und damit als Voraussetzung das Interesse an politischen Fragen? Sofern dies zutrifft, könnten das geringere Interesse der Frauen an Politik bzw. die für Frauen geringere Wichtigkeit von Politik und Beruf sowie die größere von Familie und Religion (Tab.5a) weitere Erklärungsfacetten für ihre geringere Partizipation darstellen.

Die der Familie zugeschriebene Wichtigkeit erweist sich jedoch als weitgehend irrelevant (mit Ausnahme des negativen Effekts auf diskursive Partizipation bei Frauen West), die Wichtigkeit der Religion beeinträchtigt in erster Linie die uninstitutionalisierte Partizipation, und die des Berufes zeigt tendenziell bei Frauen zwar etwas stärkere partizipationsförderliche Effekte als bei Männern; insgesamt ist die diesen Lebensbereichen zugeschriebene Bedeutung für die politische Partizipation jedoch nur gering. Dagegen korrespondieren politisches Interesse sowie die der Politik zugeschriebene Wichtigkeit bei beiden Geschlechtern deutlich positiv mit den Niveaus aller drei Dimensionen der Partizipation. Daß diese Zusammenhänge auch für die uninstitutionalisierte Beteiligung vorliegen, widerspricht der feministischen Annahme, die Indikatoren würden bei Frauen ausschließlich das Interesse an traditioneller Politik erfassen. Insofern spielt das unter den Frauen geringere politische Interesse durchaus eine Rolle für ihre etwas geringere Partizipation.

Table 5a: Politisches Interesse und Wichtigkeit von Lebensbereichen – Verteilungen

M=Mittelwerte	West			Ost						
	Mann		Frau	Pear- sons r mit Ge- schlecht	Mann		Frau	Pear- sons r mit Ge- schlecht		
	M	Std. abw.	M		Std. abw.	M	Std. abw.		M	Std. abw.
Politisches Interesse 1=gering 5=stark	3.	.97	2.	.95	-.27*	3.	.96	2.	1.03	-.19*
Wichtigkeiten 1=übh. nicht wichtig 7=sehr wichtig										
Familie	5.	1.82	6.	1.56	.11*	6.	1.64	6.	1.25	.14*
Religion	3.	1.95	4.	1.91	.17*	2.	1.79	2.	1.93	.06
Beruf	5.	1.93	4.	2.12	-.13*	5.	1.98	5.	2.29	-.12*
Politik	4.	1.59	4.	1.69	-.07*	3.	1.54	3.	1.67	-.10*

* signifikant auf dem Niveau von 0.05.

Tabelle 5b: Zusammenhänge zwischen politischem Interesse, Wichtigkeit von Lebensbereichen und politischer Partizipationsbereitschaft

Regressionen	gesamt			West			Ost						
	b	beta	adj R ²	Mann		Frau	Mann		Frau				
				b	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²	
a) + Gebiet													
b) + Geschlecht													
c) + Gebiet + Geschlecht													
<i>Diskursive P.</i>	.09	.25*	.06	.09	.24*	.06	.08	.21*	.04	.07	.21*	.04	.04
Pol. Interesse													
<i>Parteibez. P.</i>	.06	.24*	.06	.08	.25*	.06	.04	.17*	.03	.07	.20*	.04	.04
Pol. Interesse													
<i>Leg. uninst. P.</i>	.09	.24*	.06	.07	.19*	.04	.10	.25*	.06	.09	.27*	.06	.07
Pol. Interesse													
<i>Diskursive P.</i>			.05			.06			.07				.03
Wichtigk. Familie	-.01	-.06*		.00	.00	.02	-.02	-.10*		.02	.08		-.01
Wichtigk. Religion	-.02	-.10*		-.01	-.07*		-.02	-.12*		-.02	-.08		-.02
Wichtigk. Beruf	-.01	.07*		.00	.02		.01	.07*		.01	.04		.02
Wichtigk. Politik	.04	.19*		.04	.16*		.04	.20*		.02	.09		.02
<i>Parteibez. P.</i>			.05			.05			.04			.05	
Wichtigk. Familie	.00	.00		.01	.03		-.00	-.01		.01	.05		.01
Wichtigk. Religion	.00	.00		.00	.03		-.01	-.05		.00	.04		-.00
Wichtigk. Beruf	.01	.05*		.00	.01		.01	.08*		-.00	-.02		.00
Wichtigk. Politik	-.03	.20*		.04	.22*		.02	.16*		.03	.22*		.02
<i>Leg. uninst. P.</i>			.07			.03			.12			.06	
Wichtigk. Familie	-.01	-.03		-.01	-.02		-.01	-.03		.00	.01		.00
Wichtigk. Religion	-.02	-.14*		-.02	-.13*		-.04	-.20*		-.00	-.01		-.02
Wichtigk. Beruf	.02	.13*		.01	-.06*		.03	.16*		.02	.14*		.02
Wichtigk. Politik	.04	.19*		.04	.15*		.04	.19*		.05	.22*		.04

Lesehilfe s. Tab.2b. * signifikant auf dem Niveau von 0.05.

6. Politikkritik als Katalysator, Politikverdrossenheit und/oder Selbstkritik als Bremse politischer Partizipation?

Artikulieren sich Frauen eher in protestnahen Formen und wahren Distanz zur etablierten politischen Teilhabe, weil sie mit der Politik unzufriedener oder gar politikverdrossener als Männer sind? Zwar sind Frauen 1998 in West und Ost im Durchschnitt etwas unzufriedener als Männer mit der Demokratie und der Responsivität der Politiker, aber etwas zufriedener mit der Regierung (Tab.6a). Politikverdrossenheit (starke Unzufriedenheit mit der Responsivität der Politiker, der Regierung und der Demokratie) ist bei Frauen nicht verbreiteter als bei Männern; von daher kann also keine Erklärung geringerer konventioneller Partizipation der Frauen erwartet werden. Dies träfe eher für die Ostdeutschen insgesamt zu, denn die Kritik an der Responsivität und der Demokratie ist bei ihnen deutlich krasser als im Westen. Ein ausgeprägter

Tabelle 6a: Bewertung von Regierung und Demokratie, Responsivität der Politiker und subjektive politische Kompetenz -Verteilungen

M=Mittelwerte	West					Ost				
	Mann		Frau		Pear-sons r mit Geschlecht	Mann		Frau		Pear-sons r mit Geschlecht
	M	Std. abw.	M	Std. abw.		M	Std. abw.	M	Std. abw.	
Regierung (1=unzufr. 6=zufrieden)	2.87	1.32	2.96	1.30	.03	2.71	1.25	2.78	1.24	.03
Demokratie (1=unzufr. 6=zufrieden)	4.21	1.20	4.14	1.16	-.03	3.50	1.20	3.42	1.17	-.03
Responsivität (1=gering 4=gross)	2.19	.74	2.11	.71	-.06*	1.90	.66	1.82	.65	-.06*
Subj. pol. Kompetenz (1=gering 4=gross)	2.58	.82	2.18	.79	-.24*	2.33	.74	2.03	.71	-.21*

Responsivität – Index aus den Items "Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken" und "Die Politiker bemühen sich im allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten"; Subjektive politische Kompetenz – Index aus den Items "Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befaßt, eine aktive Rolle zu übernehmen" und "Die ganze Politik ist so kompliziert, daß jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht".

* signifikant auf dem Niveau von 0.05.

Table 6b: Zusammenhänge zwischen Bewertung von Regierung, Demokratie, Responsivität, subjektiver politischer Kompetenz und politischer Partizipationsbereitschaft

Regressionen	gesamt						West						Ost								
	a)		b)		c)		Mann		Frau		Mann		Frau		Mann		Frau				
	b	beta	adj R ²	adj R ²	adj R ²	adj R ²	b	beta	adj R ²	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²		
<i>Diskursive P.</i>			.11	.11	.12	.12			.08		.12			.09			.06		.09		
Zufr. Regierung	-.02	-.06*					-.01	-.06		-.02	-.08						.00	.01		-.00	-.00
Zufr. Demokratie	.01	.03					.00	.01		.01	.03						.00	.01		.00	.00
Responsivität	.01	.01					.01	.02		-.01	-.02						.02	.04		.01	.01
Subj. pol. Komp.	.14	.33*					.12	.27*		.15	.34*						.13	.26*		.16	.31*
<i>Partiebezogene P.</i>			.10	.10	.10	.10			.09		.09			.09			.09		.09		.05
Zufr. Regierung	-.00	-.01					.00	.00		.00	.00						.00	.01		-.01	-.10
Zufr. Demokratie	.00	.01					.01	.03		-.01	-.04						-.01	-.03		.00	.02
Responsivität	.02	.05*					.03	.07		-.00	-.01						.05	.13*		.01	.03
Subj. pol. Komp.	.10	.31*					.11	.28*		.09	.31*						.09	.28*		.06	.21*
<i>Leg. uninitiat. P.</i>			.10	.10	.10	.10			.08		.12			.12			.08		.10		.10
Zufr. Regierung	-.02	-.07*					-.02	-.06		-.02	-.08*						-.01	-.05		-.03	-.12
Zufr. Demokratie	-.01	-.01					.01	.04		.01	.02						.01	.05		.02	.07
Responsivität	.01	.03					.01	.02		-.03	-.06						.04	.07		.01	.02
Subj. pol. Komp.	.14	.31*					.13	.28*		.16	.33*						.12	.25*		.15	.30*

Lesehilfe s. Tab2b. * signifikant auf dem Niveau von 0.05.

geschlechtsspezifischer Unterschied zeigt sich jedoch bei der subjektiven Kompetenz: Frauen in beiden Landesteilen schätzen ihre Fähigkeiten zur politischen Teilhabe erheblich schlechter ein als Männer.

Die Bewertung der Regierungsleistungen, der Demokratie und der Responsivität der Politiker zeigen nun zudem nur minimale Effekte auf die Partizipation; ausschließlich die Einschätzung der eigenen politischen Fähigkeiten trägt bei beiden Geschlechtern in Ost und West wesentlich zur Partizipation bei (Tab.6b). Wiederum birgt in der Analyse der Gesamtpopulation die zusätzliche Berücksichtigung des Geschlechts keine weitere Erklärungskraft und auch die geschlechtsspezifischen Analysen weisen nur auf geringfügig unterschiedliche Intensitäten der Effekte. Damit läßt sich festhalten, daß das aktuelle Ausmaß der Zufriedenheit mit der Politik für die Partizipationsniveaus beider Geschlechter eher irrelevant ist, jedoch der unter den Frauen erheblich weiter als unter Männern verbreitete Glaube, politisch nicht kompetent genug zu sein, ihre Partizipationsbereitschaft wesentlich beeinträchtigt - und zwar gleichermaßen für konventionelle wie unkonventionelle Formen.²¹

21 Während in der Frauenforschung die Hypothese formuliert wurde, Frauen würden sich infolge von Unzufriedenheit mit der etablierten Politik von den konventionellen Formen der Partizipation ab- und eher den unkonventionellen zuwenden, ging die Forschung lange von der Vermutung aus, Unzufriedenheit mit der Politik trage generell zu Partizipation bei, was jedoch schon mehrfach nicht nachgewiesen werden konnte (vgl. Barnes, Kaase et al. 1979, Jennings, van Deth et al. 1989). Problematisch bei der Überprüfung dieser Annahme ist zum einen der „time-lag“ zwischen den Konstrukten, d.h. es wird aktuelle politische Unzufriedenheit erfaßt, aber vergangenes Handeln oder künftige Handlungsbereitschaft, was einen Zusammenhang zwischen beiden verwischen könnte. Plausibel erscheint die Annahme von Unzufriedenheit als Katalysator der Partizipation zudem vor allem für politischen Protest, weniger für kontinuierliche politische Mitarbeit, die ja ebenso Ausdruck des Willens zur politischen Mitgestaltung sein kann, ohne auf Unzufriedenheit zu beruhen. Auch im Hinblick auf die Konstruktkombination der subjektiven politischen Kompetenz (internal efficacy) mit der Responsivität (responsivity, external efficacy) sind unterschiedliche Zusammenhänge denkbar. So geht die Forschung überwiegend davon aus, die Wahrscheinlichkeit politischer Aktivität steige mit dem Ausmaß, in dem sich die Befragten selbst als kompetent und auch die Politik als reaktionsbereit einschätzen (vgl. im Überblick Vetter 1997). Alternativ ist jedoch denkbar, daß hier zwischen etablierten und protestförmigen Arten der Partizipation unterschieden werden sollte, denn Protest könnte gerade dadurch stimuliert werden, daß im „normalen“ politischen Prozess keine Responsivität der Politiker erwartet wird. Die ALLBUS-Daten stützen diese alternative Hypothese, denn das Ausmaß der parteibezogenen Partizipation ist zwar bei denjenigen, die sich politisch kompetent fühlen, größer bei positiver als bei negativer Responsivitätseinschätzung (Mittelwerte .26 und .18), die Bereitschaft zu legaler uninstitutionalisierter Partizipation ist jedoch bei negativen Responsivitätsurteilen größer (.57) als bei positiven (.44), und auch bei zivilem Ungehorsam sowie politischer Gewalt finden sich größere Werte bei negativen als bei positiven Responsivitätseinschätzungen (.13 gegenüber .06 bzw. .08 gegenüber .04). Ausführlicher zum politischen Interesse und der These größerer Politikverdrossenheit der Frauen s. Westle und Schön 2001.

7. Zur Rolle soziodemographischer Merkmale

Bei den soziodemographischen Merkmalen, die als Hilfsvariablen für Sozialisation und/oder Lebenssituation und damit als Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen verwendet werden können, finden sich auch noch 1998 die bekannten geschlechtsspezifischen Unterschiede (Tab.7a). So haben Frauen im Durchschnitt geringere Schulbildung,²² sind seltener erwerbstätig und verfügen über ein geringeres persönliches Einkommen.²³ Ferner ist der Altersdurchschnitt der Frauen etwas höher. Auch die unterproportionale Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen gegenüber verheirateten Männern und der unter Frauen höhere Anteil mit Kindern im Haushalt unter den Alleinstehenden bestätigen das Bild traditioneller Rollenverteilung.²⁴

Die Zusammenhänge mit politischer Partizipation sind bei bivariater Betrachtung überwiegend wie erwartet (nicht tab. ausgewiesen): Höhere Schulbildung, Erwerbstätigkeit und höheres Einkommen korrespondieren in allen untersuchten Gruppierungen mit stärkerer Partizipationsbereitschaft und verweisen damit auf Effekte sowohl der Sozialisation (Bildung als Ausdruck von Rollenorientierungen) als auch der Situation (Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen als Ausdruck von Ressourcen). Bei den Zusammenhängen mit dem Lebensalter dürften sowohl lebenszyklische als auch generationale Effekte vorliegen. So steigt bei unkonventioneller Partizipation die Bereitschaft mit jüngerem Lebensalter, bei parteibezogener und diskursiver Partizipation zeigen sich im Westen die Männer mittleren Lebensalters am partizipationswilligsten, während sich im Osten lebenszyklische und generationale Effekte vermutlich vermischen. Nur bei den Frauen im Westen tritt in allen Dimensionen der Partizipation ein linearer Zusammenhang mit dem Lebensalter auf, d.h. je jünger, desto partizipationsbereiter. Dies könnte darauf deuten, daß im

22 Die im Durchschnitt höhere Schulbildung im Osten als im Westen resultiert aus größeren Anteilen mit mittlerer Schulbildung.

23 Infolge von Modernisierung, Bildungsexpansion sowie der in der DDR verfolgten Politik einer starken Integration der Frauen in das Erwerbsleben variieren diese geschlechtsspezifischen Unterschiede zwar zwischen West und Ost etwas und sind im allgemeinen bei jüngerem Lebensalter weniger ausgeprägt, jedoch nicht nivelliert. D.h. Frauen verfügen in allen Altersstufen mit Ausnahme der 18-29jährigen im Durchschnitt über niedrigere Schulabschlüsse als Männer, sind in allen Bildungskategorien seltener erwerbstätig und finanziell schlechter gestellt.

24 Zwar wurde in der ehemaligen DDR offiziell eine geschlechteregalitäre Kultur propagiert, real waren Frauen jedoch - bei größerer Integration in das Erwerbsleben - für den Reproduktionsbereich stärker zuständig als Männer, also häufiger von der Doppelbelastung betroffen. Von negativen Vereinigungsfolgen in diesem Kontext (z.B. Wegfallen von Kinderbetreuungseinrichtungen, Arbeitslosigkeit) sind Frauen in Ostdeutschland stärker betroffen als Männer (vgl. Nickel 1990, Lemke 1991, Hampele 1993, Berger-Schmitt 1996).

Westen strukturelle Modernisierungen und ein verändertes Rollenbild vor allem bei den Frauen zu attitudinalen Veränderungen im Bereich der politischen Teilhabe beigetragen haben, während sie an den Männern eher spurlos vorübergegangen zu sein scheinen.²⁵ Die verfügbaren Indikatoren zum Zeitbudget zeigen dagegen kein klares Bild. So ist im Hinblick auf den Familienstand zwar auffällig, daß sich im Vergleich aller Kategorien nur verheiratete und mit ihrem Partner zusammenlebende Frauen deutlich unterproportional partizipationsbereit äußern, was auf ein geringeres Zeitbudget infolge der häuslichen Arbeitsverteilung deuten könnte. Jedoch widerspricht der Zusammenhang mit der Frage, ob es im Haushalt Kinder gibt, den Erwartungen, denn hier äußern sich diejenigen mit Kindern etwas partizipationsbereiter als diejenigen ohne Kinder. Da für spezifischere Differenzierungen der familiären Rolle die Häufigkeiten zu gering sind, muß auf die Behandlung der Frage

Tabelle 7a: Soziodemographische Merkmale – Verteilungen

M=Mittelwerte %=Prozente	<i>West</i>				<i>Ost</i>			
	Mann		Frau		Mann		Frau	
	M	Std. abw	M	Std. abw	M	Std. abw	M	Std. abw
<i>Alter in Jahren</i>	48.5	16.9	50.9	18.4	46.0	15.7	49.8	17.5
<i>Schulbildung</i> 1=niedrig 3=hoch	1.77	.83	1.63	.76	1.91	.72	1.76	.71
<i>Einkommensquartile</i> 1=gering 4=hoch	3.28		2.05		2.66		2.11	
	%		%		%		%	
<i>Erwerbstätigkeit</i> nicht teilzeit vollzeit	37.5 2.8 59.6		59.4 15.1 25.5		42.2 1.6 56.2		59.1 7.2 33.7	
<i>Familienstand Anteil</i> verheiratet und zus. lebend	61.9		53.1		60.4		49.9	
<i>Verheiratete: Anteil</i> nicht erwerbstätig	38.5		56.9		39.0		50.2	
<i>Kinder im HH Anteil</i> mind. 1 Kind	25.8		30.5		30.8		35.4	
<i>Alleinstehende: Anteil</i> mind. 1 Kind im HH	5.2		13.6		9.1		25.0	

25 Auf der Grundlage der Querschnittsanalysen kann die Frage lebenszyklischer versus generationaler Effekte allerdings nur spekulativ angegangen werden.

Tabelle 7b: Zusammenhänge zwischen soziodemographischen Merkmalen sowie zwischen soziodemographischen Merkmalen und politischer Partizipationsbereitschaft

	<i>Gesamt</i>			<i>West</i>		<i>Ost</i>	
	b	beta	adj R ²	Mann	Frau	Mann	Frau
<i>Mittelwerte</i>							
Alter				.48	.51	.46	.50
Bildung				.39	.31	.45	.38
Erwerbstätigkeit				.62	.41	.58	.41
<i>Regressionen</i>							
a) + Gebiet			c)				
b) + Geschlecht	b	beta	adj R ²	b	beta	b	beta
c) + Gebiet + Geschlecht			adj R ²	adj R ²	adj R ²	adj R ²	adj R ²
<i>Bildung</i>							
Alter	-0.76	-0.34*	.12	.06	.15	.08	.22
Erwerbstätigkeit			.12				
Alter	.24	.24	.27	-.59	-.39*	-.66	-.97
Erwerbstätigkeit			.27	-.24*		-.28	-.47*
Alter	-1.39	-.49*	.11	-.55	-.44*	-.55	-.50*
Erwerbstätigkeit			.11	-.54*		-.49*	-.50*
Bildung	.34	.27*	.07	.26	.25*	.37	.57
<i>Diskursive P.</i>							
Alter	-.08	-.04	.04	.03	-.24	.09	.08
Bildung	.13	.09*	.06	.11	-.13*	.13	.17
Erwerbstätigkeit	.07	.14*	.07	.08	.16*	.07	.03
Konstante				.53	.59	.43	.36

Fortsetzung Tabelle 7b:

	Gesamt			West		Ost	
	b	beta	adj R ²	Mann	Frau	Mann	Frau
Mittelwerte							
Alter				.48	.51	.46	.50
Bildung				.39	.31	.45	.38
Erwerbstätigkeit				.62	.41	.58	.41
Regressionen							
a) + Gebiet			a) adj R ²				
b) + Geschlecht			b) adj R ²				
c) + Gebiet + Geschlecht			c) adj R ²				
<i>Parteibez. P.</i>							
Alter	-.02	-.01	.02	.05	-.10	.04	-.05
Bildung	.09	.03	.10	.14*	.09	.13*	.09
Erwerbstätigkeit	.01	.14*	.02	.03	.01	-.05	-.04
Konstante			.07	.10	.05	.05	.05
<i>Leg. uninstitut. P.</i>							
Alter	-.43	-.21*	.12	-.38	-.17*	-.20	-.17
Bildung	.19	.20*	.13	.15	.17*	.11	.18
Erwerbstätigkeit	.03	.04*	.12	.04	.05	.05	-.01
Konstante			.13	.52	.56	.38	.35
				.09	.20	.04	.05
				-.55	-.27*	-.20	-.08
				.25	.26*	.11	.18*
				.02	.02	.07	-.01
				.04	.05	.05	-.01
				.52	.56	.38	.35

Lesehilfe s. Tab.2b. Codierung der unabhängigen Variablen range: 0-1: Alter 18-97 geteilt durch 100, Bildung: gering=0, mittel=0,5 hoch=1, Erwerbstätigkeit: 0=nein, 1=ja. * signifikant auf dem Niveau von 0,05. Die Mittelwertsunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in allen Fällen signifikant. Multipliziert man die b-Werte mit den Mittelwerten und addiert diese Ergebnisse mit der Konstanten, so resultiert dies in den in Tab.1 ausgewiesenen Partizipationswerten. Sofern ein großer Mittelwertsunterschied und vergleichbar starke Effekte des Merkmals vorliegen, bestehen klare Kompositionseffekte, sofern kleine Mittelwertsunterschiede und große Effektunterschiede vorliegen, sind die Zusammenhänge entscheidender für die Partizipationsbereitschaft.

des Zeitbudgets im folgenden verzichtet werden.²⁶ Insgesamt kann allerdings keine der soziodemographischen Variablen für sich allein große Erklärungskraft beanspruchen. Zudem hängen diese Merkmale auch miteinander zusammen, d.h. bspw. bei den älteren Generationen liegt (besonders unter Frauen) ein geringerer Bildungsdurchschnitt vor sowie infolge des Eintritts in das Rentenalter seltenere Erwerbstätigkeit, und höhere Schulbildung ist mit häufigerer Erwerbstätigkeit und größerem Einkommen verknüpft. Infolgedessen reduzieren sich die singulären Effekte dieser Merkmale in der *multivariaten Analyse* ganz erheblich und weisen zudem insgesamt nur eine recht magere Erklärungskraft auf.²⁷ Lediglich bei der uninstitutionalisierten Partizipation wird eine nennenswerte Stärke erreicht. Nach Kontrolle der Variablen des SES-Modells trägt auch das Geschlecht nur bei der diskursiven Partizipation noch einen minimalen zusätzlichen Erklärungswert. Dabei liegen für die Erwerbstätigkeit zwischen den Geschlechtern nur geringe Effektunterschiede, aber große Verteilungsunterschiede vor, während (nur im Westen) für das Alter zwar nur kleine Verteilungsunterschiede, aber große Effektunterschiede bestehen.²⁸ Bei der Schulbildung weisen sowohl Verteilungen als auch Effekte in mittlerem Ausmaß Unterschiede auf. Daraus folgt, daß für geschlechtsspezifische Diskrepanzen der Partizipationsbereitschaft sowohl Kompositionsunterschiede in der Sozialstruktur als auch unterschiedliche Wirkungen sozialstruktureller Merkmale eine Rolle spielen - allerdings mit insgesamt nur geringer Erklärungskraft. Damit läge nicht nur die Schlußfolgerung nahe, „sex does not matter“, sondern auch „gender does not matter“.

Allerdings würde letztere Folgerung wohl zu kurz greifen, denn die soziodemographischen Merkmale zeigen zwar kaum direkte Erklärungskraft für die Partizipationsbereitschaft, wirken sich aber durchaus deutlich auf die der Partizipation vorgelagerten attitudinalen Determinanten aus, sind also von *indirekter* Bedeutung für politische Handlungsbereitschaft (Tab.8).²⁹ So

-
- 26 Bei Kontrolle nach Alter löst sich dieser Zusammenhang nur teilweise auf, d.h. in der Kategorie der 35 bis 64jährigen zeigen sich sowohl Frauen als auch Männer mit Kindern, in der Kategorie der 18 bis 34jährigen dagegen diejenigen ohne Kinder im Haushalt partizipationsbereiter.
- 27 Bei den multivariaten Analysen wurde das Einkommen wegen einer hohen Zahl fehlender Angaben nicht berücksichtigt. Auf die Erfassung kurvilinearereffekte des Alters bspw. durch den zusätzlichen Einbezug einer quadrierten Altersvariable wurde verzichtet, da lebenszyklische Einflüsse hier nicht im Mittelpunkt der Fragestellung stehen.
- 28 Am auffälligsten sind dabei die im Westen bei Frauen etwas stärkeren Effekte des Lebensalters auf die unkonventionelle Partizipationsbereitschaft sowie die generell bei Frauen stärkeren Effekte der Schulbildung, was die Spekulation zu geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Folgen der Modernisierung stützt.
- 29 Für diese Analysen wurden ausschließlich die attitudinalen Variablen verwendet, die in den vorangegangenen Analysen eine relativ starke Bedeutung für politische Partizipation zeigten, d.h. nicht berücksichtigt wurden Partizipationsnormen sowie Urteile zur Qualität

der Regierung, der Demokratie und der Responsivität der Politiker. Ferner wurde die verschiedenen Lebensbereichen zugeschriebene Wichtigkeit nicht berücksichtigt; zwar

werden das politische Interesse und die subjektive politische Kompetenz von Alter, Bildung und teilweise auch von der Erwerbstätigkeit beeinflusst, im Westen etwas stärker als im Osten sowie bei Männern etwas stärker als bei Frauen. Dabei korrelieren politisches Interesse und subjektive politische Kompetenz ihrerseits miteinander (Pearsons r ca. .50), zeigen aber dennoch beide auch eigenständige Bedeutung für die dimensionsspezifischen Einschätzungen der persönlichen Effektivität von Partizipation, wobei im allgemeinen die Effekte der subjektiven politischen Kompetenz etwas stärker sind, insbesondere bei den Frauen. In der Gesamtbetrachtung verlieren daher die soziodemographischen Variablen ihre eigenständigen Effekte auf die Partizipationsbereitschaft nahezu vollständig (mit Ausnahme des Alters bei der unkonventionellen Partizipation), und während sowohl das politische Interesse als auch die subjektive politische Kompetenz keine nennenswerten geschlechtsspezifischen Effektdifferenzen mehr tragen, werden die dimensionsspezifischen Effektivitätsurteile im Westen bei den Frauen, im Osten bei den Männern etwas stärker wirksam.

Ein Teil der etwas niedrigeren Partizipationsniveaus der Frauen ist also darauf zurückzuführen, daß sie deutlich weniger als Männer erwerbstätig sind sowie seltener eine höhere Schulbildung erfahren haben und damit in geringerem Ausmaß über partizipationsrelevante *Voraussetzungen* verfügen sowie ferner einen etwas höheren Altersdurchschnitt aufweisen, der im Westen zusätzlich dadurch die durchschnittliche Partizipationsbereitschaft negativ tangiert, daß Frauen älterer Generationen sich vermutlich infolge traditionellerer Geschlechtsrollenorientierungen (Westle und Schön 2001) partizipationsferner artikulieren als Frauen jüngerer Generationen. Somit hat „gender“ im Gegensatz zu „sex“ durchaus eine Bedeutung für politische Partizipation.

Im Sinn der modernisierungstheoretischen Nivellierungsthese sollten Männer und Frauen mit vergleichbar „modernisiertem“ soziodemographischen Hintergrund nun aber identische Partizipationsniveaus zeigen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Vergleicht man Männer und Frauen derselben Alters-, Bildungs- und Erwerbskategorien (insbesondere also Erwerbstätige in jüngerem Alter mit höherer oder mittlerer Schulbildung), weisen Frauen dennoch

zeigen diese Urteile ebenfalls klare Zusammenhänge mit der objektiven Lebenssituation (so sprechen bspw. Verheiratete der Familie überproportional große Wichtigkeit zu, Erwerbstätige dem Beruf und konfessionell Gebundene der Religion), aber nur die der Politik zugeschriebene Wichtigkeit zeigte auch klare Effekte auf die Partizipation; wegen Multikollinearität der der Politik zugeschriebenen Wichtigkeit mit dem politischen Interesse wurde die Wichtigkeit der Politik jedoch nicht in die Analysen eingeschlossen.

Fortsetzung Tabelle 8:

Regressionen	gesamt						West			Ost		
	a)		b)		c)		Mann			Frau		
	b	beta	adj R ²	adj R ²	adj R ²	adj R ²	b	beta	adj R ²	b	beta	adj R ²
<i>Diskursive P.</i>			.16	.16	.16	.16			.11			.11
Alter	-.09	-.05*					-.04	-.02		-.18	-.09*	
Bildung	.01	.01				-.01	-.02		.03	.04		.08
Erwerbstätigkeit	.02	.02				.04	.06		-.03	-.04		.08
Politisches Interesse	.10	.07*				.15	.10*		.05	.03		.02
Subj. p. Kompetenz	.30	.23*				.24	.19*		.31	.23*		.33
Effektivität dis. P.	.24	.19*				.17	.14*		.28	.23*		.37
<i>Parteibez. P.</i>			.14	.14	.14	.14			.12			.23
Alter	-.04	-.02				-.04	-.01		-.07	-.05		-.08
Bildung	-.00	-.00				-.02	-.03		.02	.04		.04
Erwerbstätigkeit	-.02	-.04				-.02	-.04		-.02	-.04		-.05
Politisches Interesse	.10	.10*				.17	.13*		.02	.02		.09
Subj. p. Kompetenz	.22	.23*				.23	.21*		.22	.24*		.18
Effektivität par. P.	.14	.17*				.16	.17*		.10	.13*		.28

(Fortsetzung Tabelle 8 nächste Seite)

zumeist etwas niedrigere Partizipationsniveaus sowie geringeres Interesse an Politik und eine deutlich geringere subjektive politische Kompetenz auf.³⁰ Das SES-Modell läßt damit (auch in vermittelter Anwendung) erhebliche „unerklärte Reste“ offen.

8. Schlußfolgerungen und Forschungsdesiderata

Mit diesen Befunden läßt sich festhalten: Frauen und Männer zeigen eine breite Vorstellung von Demokratie und ein instrumentelles Verständnis politischer Beteiligung. Sozialstrukturelle Merkmale wirken sich zwar kaum direkt auf Partizipation aus, jedoch sind die attitudinalen Voraussetzungen der Partizipation deutlich von ihnen geprägt. Hier liegen bei Frauen häufiger partizipationsferne Bedingungen der Sozialisation und Lebenslage vor. Die modernisierungstheoretisch erwartete strukturelle Angleichung in den Möglichkeiten einer freiheitlichen Lebensgestaltung für beide Geschlechter zeigt jedenfalls noch massive Lücken und bleibt damit hinter optimistischen Erwartungen weit zurück. Damit ist die bei Frauen im Durchschnitt etwas geringere politische Partizipation in Teilen sozialisations- und situationsbedingt und wird durch Kompositionseffekte verstärkt.

Darüber hinaus verweisen die Befunde jedoch auf „unerklärte Reste“ der geschlechtsspezifisch differierenden Partizipation. Warum bspw. schätzen Frauen ihr politisches Interesse, ihre politischen Fähigkeiten und Einflußchancen auch bei hoher Schulbildung geringer ein als Männer mit entsprechender Schulbildung? Warum schreiben sie sich selbst auch bei gleichem Interesse an Politik wie Männer eine geringere politische Kompetenz zu? Bei der Interpretation solcher „unerklärten Reste“ ist man an dieser Stelle nun auf Spekulationen angewiesen: Denkbar ist erstens, daß Frauen schlichtweg realistischer in der Einschätzung der generellen Einflußmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik sind. Ebenso möglich erscheint zweitens,

30 Dieser Vergleich wurde mit verschiedenen Varianten der Kategorienbildung durchgeführt, wobei sich die Befunde nur unwesentlich unterscheiden; nimmt man bspw. die Erwerbstätigen im Alter von 18 bis 39 Jahren mit mittleren oder hohen Schulabschlüssen, so ergeben sich signifikante Differenzen bei dem politischen Interesse (Skala 1-5) von -.62 West und -.38 Ost, bei der subjektiven politischen Kompetenz (Skala 1-4) von -.47 West und -.38 Ost, bei der diskursiven Partizipation von -.10 West und -.13 Ost, bei der Parteimitarbeit -.10 West, insignifikante bei der uninstitutionalisierten Teilhabe -.04 West und -.02 Ost. Für die Nicht-Erwerbstätigen mit geringer Schulbildung im Alter von über 65 Jahren sind die geschlechtsspezifischen Differenzen nur teilweise höher, bei politischem Interesse -.79 West und -.51 Ost, subjektiver politischer Kompetenz -.50 West und -.32 Ost, diskursiver Partizipation -.14 West und -.11 Ost, parteibezogener -.08 und uninstitutionalisierter -.11 jeweils West. Feinere Kategorienbildungen mögen zu Verschiebungen der Befunde führen, sind aber aufgrund zu geringer Häufigkeiten nicht möglich.

daß Frauen explizit die Einflußchancen als Frau skeptischer beurteilen. Diese beiden Annahmen plausibilisieren jedoch nicht das geringere politische Interesse und die geringere subjektive politische Kompetenz. Also könnte drittens auch vermutet werden, daß Frauen bedingt durch ihr geringeres Interesse an Politik (realistisch oder nicht) glauben, über zu wenig politische Kenntnisse zu verfügen und daher ihre eigenen Fähigkeiten kritischer beurteilen. Diese Annahme plausibilisiert aber nicht den Befund, daß auch Frauen mit gleichem politischen Interesse wie Männer ihre subjektive politische Kompetenz regelmäßig schwächer einschätzen. Die daraus ableitbare Vermutung ist nun, daß hierfür ein weiterer, mit den durchgeführten Analysen nicht erfäßbarer Faktor eine Rolle spielt, nämlich der gesellschaftliche Kontext, der es Frauen nach wie vor erschwert, mit gleicher Selbstverständlichkeit wie Männer in der Politik zu agieren. Dies betrifft sowohl institutionell geronnene Hindernisse als auch durch das politische Klima ermöglichte attitudinale Vorbehalte gegenüber Frauen und konkrete Diskriminierungen.

Das Faktorenbündel des gesellschaftlichen Kontextes ist aber mit den behandelten Daten alleine nicht zu erfassen. So entspricht die *Kontrolle von Unterschieden nach soziodemographischen Merkmalen* ja dem Versuch, eine Situation zu simulieren, in der die Untersuchungseinheiten durch eine Gleichverteilung von Merkmalen gekennzeichnet sind, hier also konkret Frauen und Männer dieselbe Alters-, Bildungs-, Erwerbs- und Einkommensstruktur aufweisen würden. Sie ist damit in der Lage, Ursachen von Partizipationsunterschieden in der Gesamtpopulation zu identifizieren, die an der Verteilung von Determinanten der Partizipation liegen, sofern diese eine bei beiden Geschlechtern identische Wirkung auf die politische Teilhabe zeitigen, und evtl. unterschiedliche Wirkungen solcher Merkmale zu ermitteln. Jedoch entspricht eine derartige Simulation eben nicht der Realität. Dabei kann nämlich nicht ausreichend berücksichtigt werden, inwieweit sich bei einer realen Angleichung der Sozialstruktur erstens die Bedeutung dieser Merkmale für die Geschlechter und zweitens darüber vermittelt auch die Bedeutung anderer Merkmale – und damit das Merkmalsgefüge bzw. das Gesamtklima – so verändern würden, daß es die abhängige Variable auf andere Weise beeinflussen würde. M.a.W.: Wenn hier bspw. ermittelt wurde, daß Frauen bei gehobener Schulbildung sich heute selbst zwar mehr politische Fähigkeiten zutrauen und mehr über Politik diskutieren als bei geringer Schulbildung, dennoch aber weniger als Männer mit gehobener Schulbildung, kann dies nichts darüber aussagen, wie sich die Einstellungen und das Verhalten der Frauen (ebenso wie das der Männer) ändern würde, wenn tatsächlich genauso viele Frauen wie Männer selbstverständlicherweise eine höhere Schulbildung hätten. Denn bei einer realen Gleichverteilung sozialisatorischer und situativer Merkmale würde sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch das politische Klima verändern. D.h. politisch interessierte, aktive und Ämter bekleidende Frauen wären damit keine „Exoten“ - unter Inkompetenz-, Emanzen- oder Maskulinismusverdacht - mehr, sondern selbstverständliche

Akteure in der Politik. Sozialstrukturelle wie auch institutionelle Veränderungen des politischen Gesamtgefüges auf der Makro-, Meso- und Mikroebene und davon ausgehende Einstellungs- und Verhaltensänderungen können mit derartigen Verfahren nicht hinreichend simuliert werden. Dies ist jedoch gerade dann relevant, wenn es sich – wie bei dem Gegenstand der Sozialwissenschaften – nicht um individualpsychologisch bedingte Einstellungen und Verhalten, sondern um soziale Interaktionen handelt. Erforderlich wären hierfür somit longitudinale und international vergleichende Studien, die es erlauben, Kontexteffekte zu ermitteln.

Gesellschaftspolitisch kann erst dann, wenn die verschiedenen Lebensformen für Männer wie Frauen gleichermaßen selbstverständlich auswählbar und lebbar sind, von einer in dieser Hinsicht erreichten Moderne gesprochen und eine vollständige Nivellierung der Gender-Unterschiede in der politischen Partizipation erwartet werden. Die Aussichten darauf sind in Deutschland mit der Vereinigung jedoch bislang eher schlechter geworden. Abbau von Kinderbetreuungseinrichtungen im Osten und generell fehlende im Westen, Arbeitslosigkeit, die sich verstärkt bei Frauen niederschlägt, wohlfahrtsstaatliche Engpässe und wirtschaftliche Rezession sowie damit einhergehende Retraditionalisierung von Geschlechtsrollenorientierungen, die manch moderne Haltung als „Schönwetter-Liberalismus“ entlarvt, sind nur einige der einschlägigen Anzeichen.

Literatur

- Ajzen, Icek, 1996, The Social Psychology of Decision Making. In: E.T. Higgins, A. W. Kruglanski (Hg.), *Handbook of Basic Principles*, New York/London: Guilford Press, 297-325.
- Barnes, Samuel H., Max Kaase et al., 1979, *Political Action – Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills/London: Sage.
- Berger-Schmitt, Regina, 1996, Mobilität sozialer Lagen in den neuen Bundesländern seit 1990. In: Stefan Hradil, Eckhart Pankoke (Hg.), *Aufstieg für alle?* Opladen: Leske + Budrich, 199-235.
- Braun, Michael, Duane F. Alwin, Jacqueline Scott, 1994, Wandel der Einstellungen zur Rolle der Frau in Deutschland und den Vereinigten Staaten. In: Michael Braun, Peter Ph. Mohler (Hg.), *Blickpunkt Gesellschaft 3 – Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 151-173.
- Braun, Michael, Ingwer Borg, 1997, Einstellungen zur Erwerbstätigkeit der Frau in Ost- und Westdeutschland - Trends, Strukturen und ihre Beziehung zu wirtschaftlichem Pessimismus. In: *ZUMA-Nachrichten*, 40, 21-35.
- Christy, Carol A., 1987, *Sex Differences in Political Participation - Process of Change in 14 Nations*, New York, Westport, London: Praeger.

- Cornelissen, Waltraud, 1993, Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland. In: Gisela Helwig, Hildegard Marie Nickel (Hg.), *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Berlin: Akademie Verlag, 321-349.
- DeVaus, David, Ian McAllister, 1989, The Changing Politics of Women: Gender and Political Alignment in 11 Nations. In: *European Journal of Political Research*, 17/3, 241-262.
- Falter, Jürgen W., Siegfried Schumann, 1990, Vive la (très) petite difference! Über das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1987. In: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und Wähler - Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 109-142.
- Geißel, Brigitte, 1995, Politisierungsprozesse und politische Sozialisation von Frauen – Überblick und Diskussion zum Forschungsstand in der aktuellen deutschen und angelsächsischen Literatur. In: Eva Maleck-Lewy, Virginia Penrose (Hg.), *Gefährtinnen der Macht: Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland*, Berlin: Edition Sigma, 17-36.
- Gerhard, Ute, 1995, Die ‚langen‘ Wellen der Frauenbewegung – Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In: Regina Becker-Schmidt, Gudrun-Axeli Knapp (Hg.), *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*, Frankfurt, New York: Campus, 247-278.
- Hagemann-White, Carol, 1987, Können Frauen die Politik verändern? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B9-10, 29-37.
- Hagemann-White, Carol, 1994, Der Umgang mit Zweigeschlechtlichkeit als Forschungsaufgabe. In: Angelika Deizinger, Hedwig Kitzer, Ingrid Anker, Irma Bingel, Erika Haas, Simone Odierna (Hg.), *Erfahrung mit Methode – Wege sozialwissenschaftlicher Frauenforschung*, Freiburg: Kore, 301-318.
- Hampele, Anne, 1993, „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ – Zur politischen Partizipation von Frauen in der DDR. In: Gisela Helwig, Hildegard Maria Nickel (Hg.), *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 218-320.
- Hoecker, Beate, 1996, Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B21-22, 23-33.
- Hoecker, Beate, 1998, Politische Partizipation von Frauen im europäischen Vergleich. In: Beate Hoecker (Hg.), *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Opladen: Leske+Budrich, 379-398.
- Holland-Cunz, Barbara, 1998, *Feministische Demokratietheorie – Thesen zu einem Projekt*, Opladen: Leske+Budrich.
- Institut für Demoskopie Allensbach (Hg.), 1993, *Frauen in Deutschland – Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen*, Köln: Bund-Verlag.
- Irigaray, Luce, 1989, *Genealogie der Geschlechter*, Freiburg: Kore.
- Jennings, M. Kent, 1983, Gender Roles and Inequalities in Political Participation – Results from an Eight Nation Study. In: *Western Political Quarterly*, 36, 364-385.
- Jennings, M. Kent, Jan W. van Deth et al. (eds.), 1989, *Continuities in Political Action*, Berlin: Walter de Gruyter & Co.
- Kaase, Max, 1989, Mass Participation. In: M. Kent Jennings, Jan W. van Deth et al. (eds.), *Continuities in Political Action*, Berlin: Walter de Gruyter & Co., 23-64.
- Köcher, Renate, 1994, Politische Partizipation und Wahlverhalten von Frauen und Männern. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B11, 24-31.

- Lemke, Christiane, 1991, *Die Ursachen des Umbruchs 1989 – Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Liebert, Ulrike, 1998, Der gender gap in der europäischen Öffentlichkeit als Problem der international vergleichenden Meinungsforschung. In: Thomas König, Elmar Rieger, Hermann Schmitt (Hg.), *Europa der Bürger?* Frankfurt/New York: Campus, 177-200.
- Lundmark, Carina, 1995: Feminist Political Orientations. In: Jan W. van Deth, Elinor Scarbrough (eds.), *The Impact of Values, Beliefs in Government Vol. 4*, Oxford: Oxford University Press, 250-274.
- Maihofer, Andrea, 1998, Gleichheit und/oder Differenz – Zum Verlauf einer Debatte. In: Eva Kreisky, Birgit Sauer (Hg.), *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 28/1997*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 155-176.
- Marsh, Alan, Max Kaase, 1979, Background of Political Action. In: Samuel H. Barnes, Max Kaase et al. (eds.), *Political Action, Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills, CA: Sage, 97-136.
- Meyer, Birgit, 1992, Die „unpolitische“ Frau – Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B25-26, 3-18.
- Meyer, Birgit, 1994, Ist das Projekt der Frauensolidarität gescheitert? In: Ilse Modelmog, Ulrike Gräbel (Hg.), *Konkurrenz & Kooperation – Frauen im Zwiespalt*, Münster: Lit, 157-171.
- Meyer, Birgit, 1996, Amerika, hast Du es besser? Zur politischen Partizipation von Frauen in den USA. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B21-22, 35-45.
- Molitor, Ute, Viola Neu, 1999, Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998: Kaum anders als das der Männer. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 30, 252-267.
- Müller, Ursula, 1994, Feminismus in der empirischen Forschung: Eine methodologische Bestandsaufnahme. In: Angelika Deizinger, Hedwig Kitzer, Ingrid Anker, Irma Bingel, Erika Haas, Simone Odierna (Hg.), *Erfahrung mit Methode – Wege sozialwissenschaftlicher Frauenforschung*, Freiburg: Kore, 31-68.
- Nickel, Hildegard Maria, 1990, Frauen in der DDR. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B17, 39-45.
- Niedermayer, Oskar, 1989, *Innerparteiliche Partizipation*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Norris, Pippa, 1986, Conservative Attitudes in Recent British Elections: An Emerging Gender Gap? In: *Political Studies*, 34, 120-128.
- Opp, Karl-Dieter, Helga Sievers, 1998, Politische Partizipation in Ostdeutschland. In: Michael Häder, Sabine Häder (Hg.), *Sozialer Wandel in Ostdeutschland – Theoretische und methodische Beiträge zur Analyse der Situation seit 1990*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 64-97.

- Rattinger, Hans, 1994, Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953 – 1990. In: Hans-Dieter Klingemann, Max Kaase (Hg.), *Wahlen und Wähler - Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 73-122.
- Roth, Dieter, 1990, Die Republikaner – Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B37-38, 27-39.
- Sauer, Birgit, 1994, Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In: Elke Biester, Barbara Holland-Cunz, Birgit Sauer (Hg.), *Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion*, Frankfurt a. M./New York: Campus, 99-130.
- Schirmer, Dietmar, 1998, Die Kategorie Geschlecht als kultureller Code – über Exklusion, Inklusion und Demokratisierung. In: Eva Kreisky, Birgit Sauer (Hg.), *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 28/1997*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 194-219.
- Uehlinger, Hans-Martin, 1988, *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- van Deth, Jan W., 1989, Interest in Politics. In: M. Kent Jennings, Jan W. van Deth et al. (eds.), *Continuities in Political Action*, Berlin: Walter de Gruyter & Co., 275-312.
- van Deth, Jan W., 2000, Political Interest and Apathy: The Decline of a Gender Gap? (to appear in *Acta Politica*, 35.)
- Verba, Sidney, Norman H. Nie, Jae-on Kim, 1978, *Participation and Political Equality*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Vetter, Angelika, 1997, *Political Efficacy: Reliabilität und Validität. Alte und neue Messmodelle im Vergleich*, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Westle, Bettina, 2000, Politische Partizipation: Mobilisierung als Faktor geschlechtsspezifischer Ungleichheit. In: Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hg.), *Demokratie und Partizipation*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 136-159.
- Westle, Bettina, Harald Schön, 2001, Ein neues Argument in einer alten Diskussion: ‚Politikverdrossenheit‘ als Ursache des gender gap im politischen Interesse? In: Frank Brettschneider, Jan W. van Deth, Edeltraud Roller (Hg.), *Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske+Budrich (im Druck).